

erschienen an jedem Werk-
tag. Bestellungen nehmen
sämtliche Postämter und
Buchhandlungen entgegen.
Bezugspreis: in
Hagalb, durch d. Agenten,
durch d. Post einzahl. Post-
gebühren monatl. 4.25.
Einzelnummer 4.1.
Anzeigen-Gebühr für die
einmalige Zeile aus ge-
wöhnlicher Schrift oder
aus anderen bei einmaliger
Einrückung 4.25.
Bei mehrmaliger Rückzahl-
ung nach Tarif. Bei gerichtl.
Kontreibung u. Anzeigen
in der Anbahn einwillig

Der Gefellschafter

Amis- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold Nagolder Tagblatt

Wochenausgabe 1922

Donnerstag, den 17. August 1922

Bezugspreis Nr. 22

Bestellungs-
Telegraphen-
Gefellschafter
Postfachkonto:
Stuttgart 6118

Nr. 191

96. Jahrgang

Einheitsstaat oder Bundesstaat?

Hierüber hat das Abkommen zwischen Reich und Bayern vom 10. August eine vorläufige Entscheidung grundsätzlicher Art getroffen. Wohl ist dieses Abkommen noch nicht „ratifiziert“, d. h. vom bayerischen Landtag angenommen, ja, man liest in bayerischen parteipolitischen Blättern, daß Graf Lerchenfeld zu viel nachgegeben hätte. Aber am Ende wird der Landtag sich zufrieden geben müssen. Jedenfalls hat er nicht allzuviel Zeit zur Überlegung. Denn die unerlässliche Bedingung für die Gültigkeit des Abkommens ist die Aufhebung der bayerischen Sonderverordnungen vom 24. Juli und zwar soll diese Aufhebung „spätestens am 18. August mit Wirkung vom gleichen Tag“ erfolgen.

Das Abkommen ist dreiteilig: 1. zum Schutzgesetz selbst: Hienach hat der Oberreichsanwalt bei Inanspruchnahme polizeilicher Tätigkeit sich der polizeilichen Behörden des betreffenden Landes zu bedienen. Auswärtige Polizeibeamte dürfen nur im Einvernehmen und zur Unterstützung der örtlichen Stellen tätig werden. Bei der Auswahl der Mitglieder des Staatsgerichtshofs sind die besonderen Interessen der Lande zu berücksichtigen. Es werden mehrere Senate (also ein bayerischer) gebildet und die Besetzung und Geschäftsverteilung unter den Gesichtspunkt des örtlichen Ursprungs der Untersuchungsgegenstände und Personen aus den Landen (Bayern) gebildet.

2. Zum Beamtengesetz: Zu Mitgliedern des Reichs-Justizministeriums sollen Reichsbeamte aus allen Landen herangezogen werden. Gegenüber Reichsbeamten, deren Tätigkeit auf ein einzelnes Land (Bayern) beschränkt ist und die Angehörige dieses Landes sind, ist die Landesregierung vortzuziehen.

3. Zum Reichskriminalgesetz: Die Landesregierung soll freie Hand haben, wie sie die Landeskriminalpolizeibehörden umgestalten will. Die ausführende Gewalt ist unter allen Umständen den Landen zu überlassen.

Dies alles etwa die wichtigsten Zugeständnisse, die die Reichsregierung bei materiellement unveränderter Beibehaltung der drei genannten Reichsgesetze an Bayern machte. Wichtiger ist für uns die förmliche Erklärung, die die Reichsregierung dem Abkommen anfügt. Sie ist wegen ihrer programmatischen Bedeutung wert, daß sie im Wortlaut hierher gesetzt wird. Sie lautet:

Durch die politische Entwicklung der letzten Jahre, besonders durch den Erlaß der Gesetze zum Schutze der Republik, ist in einzelnen Ländern die Befürchtung entstanden, daß die Politik der Reichsregierung planmäßig darauf gerichtet sei, die Zuständigkeit der Lande fortschreitend einzuschränken, sie letzten Endes ihres rechtlichen Charakters zu entkleiden und das Reich nunmehr zum Einheitsstaat zu gestalten. — Diese Auffassung entbehrt der Begründung. Die Lebensnotwendigkeiten unseres durch äußeren Druck zur inneren Einheitlichkeit genötigten Reichs haben eine Erweiterung der Zuständigkeit des Reichs notwendig gemacht. Diese Entwicklung hat aber nach menschlichem Ermessen ihren Endpunkt erreicht. Die Einschränkung der Polizei- und Justizhoheit durch das Schutzgesetz ist zeitlich begrenzt. — Der bundesstaatliche Charakter des Reichs und der Staatspersönlichkeit der Lande sind in der Reichsverfassung anerkannt. Die Reichsregierung ist nicht willens, über die verfassungsmäßige Zuständigkeit des Reichs hinaus hoheitsrechte der Lande an sich zu ziehen. Sie ist der Überzeugung, daß die einzelstaatliche Haltung der Lande, der reichen Mannigfaltigkeit deutschen Lebens und deutscher Kultur entspricht und daß die Pflege des Stammesbewußtseins im lebendigen engeren Gemeinwesen die beste reichsfördernde Einordnung in das Ganze der Nation ist.

Staatmännischer und klarer hätte die Erklärung über die vielumstrittene Frage „Einheitsstaat oder Bundesstaat. Unitarismus oder Föderalismus?“ nicht ausfallen können.

Der Föderalismus, um mit dem anzufangen, kann zum „Partikularismus“, und dazu lagen in Bayern von jeher starke Neigungen vor, ausarten. Das Ende wäre die Losrennung vom Reich, die Wiederaufrichtung der Mainlinie oder gar eine selbständige Donauföderation, also das, was Frankreich im Schilde führt. Das aber wäre unser größtes Unglück, der Anfang unseres schwersten Untergangs. Die bayerische Sonderverordnung vom 24. Juli war ja gut gemeint und lag zweifellos auf der durchaus berechtigten Linie der Notwehr gegen einen alles verdrängenden Unitarismus. Aber mit der Schaffung von zweierlei Recht in

einem und demselben Reiche hatte sie eben so zweifellos eine schiefe Ebene betreten, die zuletzt dort geendet hätte, wo die Franzosen uns schon längst haben wollten, nämlich im Abgrund der Reichzertrümmerung.

Andererseits können wir auch nicht einen alles gleichmachenden öden Einheitsstaat brauchen. Wir waren auf dem Weg zu dieser Mittellösung. Schon die Reichsverfassung (man lese nur Artikel 7 bis 12) hatte der Reichsregierung ein gewisses Maß von Stößen der Reichsregierung zugeworfen, daß man sich fragen mußte: Ja, was bleibt denn noch für die Lande, ihre Regierungen und ihre Landtage übrig? Und dann stelen nacheinander die Verkehrshoheit und die Finanzhoheit der Lande. Es gibt nur noch eine Reichseisenbahn und eine Reichseinkommensteuer. Ein Reichsschulgesetz soll bald auch in die Kulturhoheit der Lande eingreifen. Und jetzt kam das Schutzgesetz und griff — allerdings „zeitlich begrenzt“ — nach dem letzten Juwel in dem Krone der „Staatspersönlichkeit der Lande“, nach ihrer „Polizei- und Justizhoheit“. Und da muß man Bayern danken, daß es gewagt hat, dem Reich zuzurufen: „Hand weg! Das ist meine Sache!“

Die Reichsregierung glaubt, die Entwicklung zum Einheitsstaat habe ihren Endpunkt erreicht. Das hoffen wir auch. Wir sind nun einmal verschiedene Stämme, die jahrtausendlang ihre eigenen Wege gingen. Das mußte Bismarck recht gut. Darum war ihm alles an der bundesstaatlichen Gestaltung des Reichs gelegen. So soll es auch bleiben. Niemand gereicht ungestraft den Fäden der Geschichte. W. H.

Die Ottomanisierung Deutschlands

Der Hauptsteckpunkt von London

Neben der Wiederherstellung einer inneren Zollgrenze im besetzten Gebiet und neben der Sonderbesteuerung der Ruhrkohle zugunsten der Kriegsschadigungsstelle verlangte Poincaré bekanntlich in dem Programm, das er auf der Londoner Konferenz gleich zu Beginn der Verhandlungen auslegte, auch eine Beschränkung von den deutschen Bergwerken und Wäldern. Diese Forderung hat sich in den letzten Tagen zum Hauptstreitpunkt zwischen England u. Frankreich ausgewachsen. Lloyd George sieht darin eine „Ottomanisierung“ Deutschlands, einen „Eingriff in unser inneres Wirtschaftsleben“, dem er unter keinen Umständen zustimmen könne. Hier hat sich also die Kluft zwischen dem englischen und französischen Standpunkt aufgetan. Poincaré suchte sie zu überbrücken durch den geradezu schamlosen Einwand, daß zwischen der Ueberwachung der Gruben und Wälder und der Ueberwachung des Reichshaushalts, die die deutsche Reichsregierung bereits eingeräumt habe, eigentlich kein Unterschied bestehe. Damit hat Poincaré in seiner unerbittlichen Begier an die Wunde gerührt, die wir uns selber beibrachten, ehe die Londoner Konferenz zusammentrat, indem wir nämlich dem Garantenauspruch während der Berliner Verhandlungen die Gestalt der Finanzüberwachung zulegten, worauf dieser Ausschuss nichts eiligeres zu tun hatte, als in seiner Denkschrift das ganze Reich auszuarbeiten, das über die deutsche Finanzgebarung geworfen werden soll.

Will England keine „Ottomanisierung“ Deutschlands, so darf es auch nicht die Finanzüberwachung zum Unterpfand einer neuen Zahlungsfrist machen. Denn sie ist noch viel schlimmer und gefährlicher als die berüchtigte „Dette publique“ (Die Verwaltung der türkischen Staatsschulden durch eine Kommission ausländischer Gläubiger). Die Dette wurde eingerichtet als Kreditsicherung privater Gläubiger. Sie diente aus der ihr übertragene Verwaltung einzelner verpfändeter Staatseinnahmen der Türkei nicht etwa eine Blankoschuld — wie sie die Verfallener Kriegsschadigung immer noch darstellt — sondern eine ermäßigte, endgültig feststehende Schuld zu tilgen. Der Stand der „Dette“ machte ein Sechstel oder Fünftel des türkischen Staatshaushalts aus. Die Dette hatte kein Recht, neue Wälder zu verlangen. Ihre Verwaltung wurde von Staatskommissaren beaufsichtigt. Niemand hatte die Dette eine allgemeine Ueberwachung der türkischen Einnahmen und Ausgaben, nie ein Recht der Einmischung in den allgemeinen Staatshaushalt und in die allgemeine Finanzverfassung und Finanzverwaltung.

Dieses Recht besitzt die Entente über Deutschland in dem Augenblick, in dem ihre Kontrollen in den deutschen Büros sitzen, sei es in den Bergwerksverwaltungen oder sei es im Reichsfinanzministerium zu Berlin. Das Recht auf Auskunft, das in der Finanzsicht auf Beteiligung an Entscheidung in den geheimen Sitzungen erstreckt soll, wird zur Macht über die ganze Finanzgebarung. Die „Ueberwachung“ der Gruben und der Holzausfuhr wird zur widerlichsten Industriespionage. In der bereits so gut wie zugestandenen Finanzüberwachung handelt es sich auch nicht etwa, wie amtliche Berühmtheiten versicherten, um bloße Nachprüfung, sondern um Vorprüfungen, die unter

Umständen alles umstoßen. Geprüft wird nicht der deutsche Haushalt und die fertigen Finanzgesetze, sondern der Haushaltsentwurf und die tatsächlichen Gegebenheiten, sowie die geplanten Ausführungsmassnahmen. Der Sinn des Daseins der Kontrolle ist neben der Spionage: Einwirkung auf die deutsche Gesetzgebung und Verwaltung zugunsten der „Sieger“ Staaten und ihrer Wirtschaft. Darüber hinaus verleiht die französische Politik noch ihren besondern Zweck, Deutschland in ständiger Unruhe und Schwäche zu erhalten. Sie tut das sozusagen aus Natur, auch wenn sie amtlich verkündet, daß sie nichts anderes erstrebe als den „Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft“.

Die Verschiedenheit der Ansichten, mit denen die beiden Mächte Frankreich und England an die Regelung der neuen Zahlungsstundung herangegangen sind, entspringt sich eben schließlich als unüberbrückbar. England möchte die neue Stundung benutzen, um sich über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands besser zu unterrichten. Aber Frankreich ist ihm zuvorgekommen, indem es die Arbeit des Garantenaussschusses beeinflusste. Ist doch der endgültige Bericht des Ausschusses erst in Paris fertig geworden, nachdem die Ententeschwerförmigen noch einmal gründlich im französischen Sinn bearbeitet worden waren. Das Ergebnis war die „Ottomanisierung“ Deutschlands. Um viele Jahre das Spiel in London. England hat das Spiel verloren; es geht das Unheil seinen Lauf, für Deutschland und ganz Europa.

Zuckerknappheit und Zuckerteuerung

Am 1. Oktober 1921 wurde die öffentliche Bewirtschaftung des Zuckers aufgehoben und die freie Wirtschaft wieder eingeführt. Die Zwangswirtschaft hat seit dem 10. April 1918 bestanden. Während früher Deutschland Jahr für Jahr große Mengen Zucker ausfuhrte und nur die Hälfte der Zuckerverzeugung im Inland gebraucht wurde, ging nun die Zuckerverzeugung von Jahr zu Jahr zurück. Die Verbraucher erhielten zuletzt unter der Zwangswirtschaft monatlich 1 1/2 Pfund Zucker amtlich zugeteilt.

Im Wirtschaftsjahr 1921 wurde d. Rübenanbaufläche auf rund 340 000 Hektar festgesetzt, und die Zuckerverzeugung betrug rund 23 Millionen Zentner. Das sind drei Fünftel der Friedenerzeugung, die an sich genügen, um bei Verbot und Verhinderung jeglicher Ausfuhr den Zuckerbedarf des deutschen Volks sicherzustellen.

Zur Regelung der Zuckerverpreise und zur Regelung der Verteilung des Zuckers ist von der überwiegenden Mehrheit der Rohzucker- und Verordnungs-Zuckerfabriken die Zuckerwirtschaftsstelle gegründet worden. Diese hat im laufenden Jahr die Mengen und Preise festgesetzt, zu denen die Verbrauchersfabriken ihren Zucker abgeben durften. Es sind freigegeben worden:

- Oktober—Dezember 1921 6 Millionen Zentn. Verbrauchszucker zu 350 Mk. der Zentner,
- Januar/Februar 1922 4 Millionen Zentner zu 500 Mk. der Zentner,
- März/April 1922 7 Millionen Zentner zu 650 Mk. der Zentner,
- April/Juni 1922 2 Millionen Zentner zu 1000 Mk. der Zentner,
- Juli—Oktober 1922 4 Millionen Zentner zu 1300 Mk. der Zentner.

Im Durchschnitt des ganzen Jahres hat sich demnach der Zuckerpreis auf 600 Mk. oder 6.90 Mk. für das Pfund Verbrauchszucker ab Fabrik (Raffinerie) gestellt.

Die Knappheit an Zucker ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß die zu den ersten billigen Preisen ausgegebenen Zuckermengen, insbesondere die zuerst ausgegebenen 6 Millionen Zentner im freien Handel bald verschwanden und zum Teil erst wieder bei der am 1. Juli 1922 gefällig notwendigen Nachversteuerung des Zuckers — die Zuckersteuer ist am 1. Juli von 14 Mk. auf 50 Mk. für den Doppelzentner erhöht worden — zum Vorschein kamen. Als dann die Zuckereinfuhr freigegeben wurde, wurde der gehamsterte Inlandzucker vielfach mit Auslandszucker vermischt oder wohl auch ohne diese Mischung als „ausländischer“ zu hohen Preisen verkauft, während inländischer zu Richtpreisen fast nirgends zu haben ist. Sehr ins Gewicht fallen auch die Aufkäufe der Schokoladen- und Bonbonsfabriken, deren Verbrauch sich bedeutend erhöht hat, und der Likör- und Schnapsfabriken, die ebenfalls riesige Mengen Zucker verbrauchen.

Der Durchschnittspreis von 600 Mark für den Zentner Zucker entspricht einem Rohzuckerpreis von 440 Mk. Da für einen Zentner Rohzucker etwa 6 Zentner Zuckerrüben erforderlich sind und die Verarbeitungskosten der Rüben sich auf durchschnittlich 15 Mk. für den Zentner stellen, so wird der Preis für die Rüben im letzten Wirtschaftsjahr sich auf durchschnittlich 50—60 Mk. für den Zentner belaufen.

Der Lohn der Raffinerien für die Verarbeitung eines Zentners Rohzucker hat sich von 27 Mk. in den Monaten Oktober bis November bis auf 102.16 Mk. im Monat Mai erhöht. Dazu kommen die nicht unbeträchtlichen Steigerungen der Steuern und Eisenbahnfrachten.

Ein schwerer Fehler ist es gewesen, daß die Zuckerwirtschaftsstelle ursprünglich im Oktober den Zuckerverbrauch für fast ein Drittel der Gesamtbevölkerung auf 350 Mk. für den Zentner

nn,
uchfüh-
and im
rt, wird
gesucht.
ihle.
535
er
berg.
529
ändiger
iter
renzimmer
eten bei
Wolz
Schneemel.
er-Gesuch
534
acher
it Kost und
ause, eintre-
Pforzheim.
in der Ge-
il.
täger
ge,
at die Brot-
i gründlich zu
eine gute Ver-
529
ierlamn,
nd Café
erkaufte 130.
wirte!
alter!
bei Seiten
rhalk
EROL“
sch.
Ihre Tiere
wohl
in den bekann-
stellen.
erke G. Huißel
Hagerloch. 1922



ner festsetzte. Dadurch ist den Großkonumenten und dem Zwischenhändler eine Liebesgabe von vielen Millionen gemacht worden, zum Schaden der Verbraucher.

Der Reichszentralrat über die Londoner Konferenz

London, 16. August. Der Vertreter des „Daily Chronicle“ berichtet über eine Unterredung mit dem Reichszentralrat Dr. Wirth. Der Reichszentralrat erklärte, auf die Londoner Konferenz seien keine übertriebenen Hoffnungen gesetzt worden, aber ein solches Ergebnis hätte man nicht erwartet. Der Sieg Frankreichs hätte das Ende der deutschen Währung bedeutet. Deutschland habe keinesfalls die Absicht, sich seinen Verpflichtungen zu entziehen und es habe, wenn auch unter äußerster Anstrengung, rechtzeitig die halbe Million Pfund Sterling bezahlt. Die Zahlungsfähigkeit nehme jedoch mit dem Rückgang der Mark täglich ab, wodurch die Wirtschaft des Deutschen Reichs und ganz Europas erschüttert werde. Während der nächsten Monate können die Verpflichtungen nur erfüllt werden, soweit die Sicherung der Brotversorgung es zulasse. Erst das Brot, dann die Entschädigung. Wenn die Zahlungsstundung Wert haben sollte, so hätte sie sich auf viele Monate erstrecken müssen. 6 Monate wären vor kurzer Zeit noch wirksam gewesen, nach dem neuen Markfuß würde sie immer weniger wirksam. Ueber die Kapitalflucht werde in allen Staaten geklagt; das beste Gegenmittel sei, wie der englische Schatzsekretär Hornet sagte, es der Mühe wert zu machen, das Kapital im Land zu behalten. Deutschland brauche vor allem Vertrauen, der Markfuß beruhe hauptsächlich auf der Befürchtung, daß Frankreich Deutschland nach dem Leben trachte. Soll es den Weg Rußlands gehen? Der Zusammenbruch Deutschlands würde ohne Beispiel dastehen. Nur bei gutem Willen können Deutschland und Europa noch gerettet werden.

Zur Schuldfrage

„Wenn ich sage, daß es absoluter Unsinn ist, zu behaupten, Deutschland habe eine friedliche und nicht-ahnende Welt mit Krieg überfallen, so spreche ich nicht als Deutschfreund, sondern als ein Mann, der die Tatsachen studiert.“

(Wood, Professor in Cambridge, bei Woldemar Schöke, England als Zeuge für Deutschlands Unschuld am Weltkrieg 1921 S. 201.)

Kleine politische Nachrichten.

Der Reichslandbund zur Getreidemalage

Berlin, 16. August. Eine Vertreterversammlung des Reichslandbundes stellte fest, daß in zahlreichen Berichten aus dem Reich zufolge der Mähernte und der unzureichenden Verteilung der Aufzügen die Durchführung des Getreidemalagegesetzes als unmöglich bezeichnet werde. Ferner werde über die ungleiche Anwendung des Gesetzes geklagt. Inzwischen haben sich durch die neue Marktentwertung gewaltige Preisveränderungen vollzogen. Wenn der Umlagepreis gegen das Vorjahr um das Dreifache erhöht wurde, so habe der Landwirt für seine Bedarfsgegenstände das Fünft- und Sechsfache gegen 1921 zu bezahlen. Die behauptete Verbilligung des Brots sei nicht eingetreten. Obgleich die Reichsgetreidekasse nach der Erklärung der Regierung mit altem billigen Getreide für Marktbrot bis Ende Oktober eingebracht ist, so soll vom 15. August an der Marktbrotpreis um 80 Prozent, vielfach um 100 Prozent erhöht werden. Die Umlage habe die Wirkung, daß die Getreideverwertung verringert werde. Dazu trage die ungeheure Verteuerung der Kunstdüngemittel bei. Von Mitte Mai bis 1. August d. J. also in 2 1/2 Monaten stieg der Stickstoffpreis im Ammoniak um 65 1/2 Prozent, seit Juli 1921 um 522 Prozent. Der Reichslandbund ersucht die Reichs-

regierung, diese Tatsachen sorgfältig zu prüfen und Vorfälle gegen die angeführten Missetäter zu treffen, damit eine wirksame Verbilligung des Brots für diejenigen Kreise erreicht werden kann, die dieser Verbilligung wirklich dringend bedürfen.

Polizeibeamte und Beamtenbund

Berlin, 16. August. Gegenüber der Meldung eines Berliner Nachrichtenbüros vom Austritt des Reichsverbandes der Polizeibeamten aus dem Deutschen Beamtenbund erklärte der Vorsitzende des Polizeibeamtenverbands in der Vorstandssitzung des Beamtenbunds, daß der Reichsverband am Beamtenbund festhalte.

Siedlungsbauten im Ruhrgebiet eingestellt

Essen, 16. August. Die rheinisch-westfälische Privatindustrie und die Treuhänderstelle für Bergmannswohnungen haben beschlossen, den größten Teil der begonnenen Siedlungsbauten wegen der ungeheuer gestiegenen Materialpreise und Arbeitslöhne einzustellen. Vorkünftig soll nur an denjenigen Häusern noch voll gearbeitet werden, die nahe an den Wohnstätten liegen. Der andere größere Teil wird soweit hergestellt, daß die Häuser ohne Gefahr längere Zeit unfertig stehen bleiben können. Die Kosten für eine 70 Quadratmeter große Durchschnittswohnung betragen im Vorjahr 60 000 bis 80 000 Mark, jetzt sind sie auf 700 000 Mark gestiegen.

Immer mehr Ausweisungen

Stroßburg, 16. August. Aus Paris wird berichtet, daß bis zu 2000 Deutsche ausgewiesen werden sollen.

Landtagsauflösung in Bayern?

München, 16. August. Heute waren in der ganzen Stadt Maueranschläge verbreitet, in denen die Münchner Bevölkerung zu einer Kundgebung gegen das Abkommen mit der Reichsregierung aufgefordert wird. Im Landtag erschienen zahlreiche Abordnungen aus dem Alpenland und Schwaben, die für die Aufrechterhaltung der bayerischen Sonderverordnungen und den Rücktritt des Kabinetts Verlangen. Kultusminister Dr. Matt suchte zu beruhigen und versicherte, er werde die Wünsche dem Ministerrat bekannt geben. Falls die Koalitionsparteien mit dem Ministerrat sich nicht einigen könnten (was bis jetzt nicht der Fall ist), werde selbstverständlich keiner der Minister im Amt bleiben und der Landtag aufgelöst und neu gewählt werden. Nach den M. A. N. sind auch die Parteien für Neuwahlen.

Französischer Ministerrat

Paris, 16. August. Auf dem Sammelplatz des Präsidenten der Republik, Millerand, in Rambouillet fand heute Ministerrat statt. Die Generale Foch und Degoutte wohnten den Verhandlungen bei.

Man erwartet mit Spannung, ob der Ministerrat die Einberufung der Kammer beschließen wird. In diesem Fall ständen wichtige Entscheidungen auch militärischer Art bevor.

Wie verlautet, würde die französische Regierung, wenn Frankreich in der Entschädigungskommission bezüglich der Freigewährung überstimmt werden sollte, den Vorsitzenden Dubois zur Amtsniederlegung auffordern, um sich in jeder Hinsicht frei und unabhängig zu machen.

Poincarés Einzug in Paris

Paris, 16. August. Am Dienstag abend traf Poincaré aus London in Paris ein. Viele Tausende erwarteten ihn am Bahnhof und in den Straßen und unter stürmischen Hochrufen der Menge bahnte sich sein Kraftwagen langsam den Weg. Poincaré sah sehr ernst aus.

Das Scheitern der Konferenz hat in Paris doch verstimmt.

man sieht man die Schuld auf Lloyd George. Die Blätter bezeichnen es als bemerkenswert, daß das englische Pund an den Börsen stark gestiegen sei.

Poincaré der Stein des Anstoßes

London, 16. August. In London ist man der Ansicht, wenn auch die Konferenz durch Poincarés Schuld wieder einmal rücksichtslos zu Fall gebracht worden sei, so bestreite für den Verband keine Gefahr. Die Lage sei aber unsicher. Es sei nicht wahrscheinlich, daß Frankreich gesondert vorgehen werde; Poincaré sei zu sehr Jurist, um einen Schritt zu tun, der den Vertrag von Versailles zerreißt würde. Im Grunde genommen stehe auch Belgien auf Englands Seite, aber seine Lage sei schwierig. Engländerseits werde man jede Verschärfung der Lage zu vermeiden suchen.

„Daily Chronicle“ sagt, ohne Frankreich hätten die Verhandlungen über das deutsche Stundungsgehalt in einer Viertelstunde einigen können, der einzige Stein des Anstoßes war Poincaré. Frankreich will zweierlei: Deutschland zerstören und Deutschland zahlen lassen.

Nichtstimmung in England

London, 16. August. Die Presse beschäftigt sich heute mit der Frage, was Frankreich tun werde. Im allgemeinen zweifelt man, daß die Entschädigungskommission Frankreich mit der Erklärung unterstützen werde, Deutschland habe den Vertrag nicht erfüllt. „Daily Mail“ schreibt: Die deutsche Regierung weiß, in welche Gefahr Deutschland gekommen ist. Was der französische Ministerpräsident die abschließliche Bewertung der Mark nennt, ist nicht die Politik der gegenwärtigen deutschen Regierung, sondern die Politik der unversöhnlichen englischen Regierung, die von den Staatsmännern Frankreichs verfolgt wird. So lange diese Politik Frankreich beherrscht, kann es keine Hoffnung auf den Frieden haben, den es angeblich erstrebt. Die „Westminster Gazette“ fordert den Rücktritt Lloyd Georges. Poincaré habe in der ersten Sitzung der Konferenz Lloyd George vorgeworfen, die englische Regierung sei überhaupt nicht bereit, über die Frage der Verbandschulden zu verhandeln. Von den Folgen dieses Zusammenstoßes in der ersten Sitzung habe sich die Konferenz nicht befreien können.

Die Andern

London, 16. August. Italienische Blätter versichern, Italien würde mit einem gesonderten Vorgehen Frankreichs gegen Deutschland ebensowenig einverstanden sein, wie England. Die Entschädigungsfrage sei von der allgemeinen Kriegsschuldenfrage nicht zu trennen. Die Belgier sind enttäuscht, weil sie bestimmt eine Vermittlung erwarteten. Von der nächsten Konferenz halten sie nicht viel. Der japanische Vertreter Hanyashi trat lächelnd wie Buddha zur Seite. Möglichst viel Geld von Deutschland; im übrigen scheint er auch kein großes Vertrauen zu den Konferenzen mehr zu haben.

Das „Welt Journal“ hält es für möglich, daß das belgische Ministerium seinen Beauftragten bei der Entschädigungskommission die Weisung erteilen werde, mit Frankreich das deutsche Stundungsgehalt abzulehnen.

Unannehmbar für Deutschland

Berlin, 16. August. Der Londoner „Daily Telegraph“ erfährt, der Reichszentralrat habe dem zurzeit in London weilenden Staatssekretär Bergmann mitgeteilt, eine „Ueberwachung“, die über die mit dem Garantieausfluß vereinbarte noch hinausginge (wie bei den Bergwerken und den Wäldern), würde unannehmbar sein, weil sie einen Vertrauensbruch gegenüber dem Reichstag bedeutete, der jene Abmachungen als das äußerste bezeichnete, auf was Deutschland eingehen könnte. Es sei immer noch besser, daß die Konferenz gescheitert sei, als daß das französische Programm angenommen wurde.

Das Höchste, wozu der Mensch gelangen kann, ist das Bewußtsein eigener Gesinnungen und Gedanken; das Erkennen seiner selbst, welches ihm die Einleitung gibt, auch fremde Gemütsarten innig zu erkennen. Goethe.

Aus Geschichte und Sage unserer Heimat Ragold

von Hermann Kieser.

(Fortsetzung.)

Graf Albert wurde bekannt als Rinnelänger unter dem Namen Graf von Halgerloch. Zu seinem Erbe gehörte auch die Rotenburg auf dem Berge bei Weiler (heute Weilerburg bei Rottenburg) mit der zugehörigen Herrschaft, dem uralten Ort Sülkingen, dabei Sülkingen, das Städtchen Rottenburg und die Dörfer Wurmlingen, Riebingen, Ober- und Niedernau. Endlich freite ihn zu die Redarburg unter Rottweil, Weiler am Neckar (zu Horb und Sulz), und Hertenburg bei Horb. Auf den Schloßern Hohenberg, Halgerloch und Rottenburg hielt Graf Albert abwechselungsweise Hof, zumeist auf dem letzteren. Nur die Burg Halgerloch, allerdings in sehr verändertem Zustande, ist heute noch in wohnlichem Zustande. Von der Burg Hohenberg auf dem Oberhöhenberg bei Weilingen und von Rottenburg bei Weiler sind kaum noch Ruinen vorhanden. Erstere wurde, nachdem sie 1381 von dem ganz heruntergekommenen Grafengeschlecht an das Erzbischofs-Hochstift Oesterreich veräußert worden, von der Reichsstadt Rottweil in einer Fehde 1449 zerstört. Doch stand noch 1604 ein hoher starker Mantel (Schloßmauer) und einiges Mauerwerk. Jetzt gewahrt man nur noch Spuren von querlaufenden Gräben und freut sich der großartigen Aussicht, die bis zu den Schweizeralpen reicht. Sie transit gloria mundi! Die Rottenburg, einst Zeuge glanzvoller Tage, zerfiel, als Albert in den letzten Jahren seines Lebens Neu-Rottenburg baute auf einer reizend über dem Städtchen Rottenburg gelegenen Anhöhe. Heute steht auf der Weilerburg das „Rinnelänger u. Sieger-Denkmal“ des Sülkingener Altertumsvereins. Neurenburg wurde eine Strafanstalt.

Burkard, dem 2., noch minderjährigen Sohne des dahingegangenen Grafen wurden zunächst unter Vormundschaft des Grafen Rudolf v. Lötzingen, vornehmlich die Besitzungen

angelegt, welche sein Vater durch seine Vermählung mit Mechthild, der Tochter des Pfalzgrafen Rudolf II an sich gebracht: Burgen und Herrschaften Ragold, Wildberg, Altensteil, Sulz und Halgerloch. Hohen-Ragold, wo einst der berühmte Schwabensürst Gerold, später die mächtigen Pfalzgrafen v. Lötzingen, schließlich die Grafen v. Hohenberg Hof gehalten, ist in ansehnlichen Ruinen ja noch erhalten. Derorstehend sind die beiden mächtigen Türme in romanischer Bauart. Burkards 2. Tochter Mechthild nahm den Schloßer. Die älteste Tochter Gertrud hatte sich 1250 mit Graf Rudolf v. Hohenberg, nachherigem römischen König vermählt und als Lehnsgut die Hohenbergischen Herrschaften im Elsaß bekommen (bei Schlettstadt). Bald nach seinem Regierungsantritt vermählte sich Graf Albert mit Margaretha, der Tochter des Grafen Feltrich von Rastenberg. Das junge Paar bezog die reizend gelegene Rotenburg, dessen Mechthild übernahm ihren Wohnsitz bei der St. Remigienkirche in Ohlungen. Im Chor der Kirche des Frauenlosters Riebingen bei Halgerloch ließ Albert die Gebeine seines Vaters zur Ruhe bestatten. Hören wir nun, wie er seine Grafschaft regierte. Zweiist müssen wir uns ein Bild von einem solchen mittelalterlichen Kleinstaat machen.

Die Grafschaft Hohenberg

bildete, abgesehen von den auf den Hildern, im Hegau und bei Freiburg im Breisgau gelegenen Herrschaften zur Zeit Alberts zwei große, rechts und links vom oberen Neckar liegende, aber zusammenhängende Komplexe. Zwischen dem Oberlauf des Neckars (bis Lötzingen) und dem der Donau (von Lötzingen bis Sigmaringen) lag die obere Grafschaft Hohenberg. In Abzug zu bringen ist dabei das Gebiet zwischen Oberndorf und Sulz oder vom Einfluß der Schiltach (s) bis zu dem der Blau (l), welche zu den Besitzungen der Herzoge von Teck und der Grafen von Sulz gehörte; ferner die Gegend von Balingen und die Striche um den Jollerberg, Hötzingen, endlich Riebingen mit Zugehör im Donautal. Letztere Striche waren damals im Besitz der schwäbischen Linie Joller. Die untere Grafschaft Hohenberg lag links vom Neckar zwischen Blau und Kimmert (Horb-Lötzingen) über die Ragold und deren Zuflüsse bis zu den Ufern der Enz. Beide Grafschaften hingen also auf der Linie Horb-Lötzingen zusammen, ein sehr ansehnlicher und schön abgegrenzter Besitz, die heutigen württembergischen Oberämter Spaltzingen, Horb, Rottenburg und Ragold, sowie das preussische Oberamt Halgerloch, überdies

ein namhafter Teil des Oberamts Balingen, Städte und Dörfer der angrenzenden Oberämter Herrenberg, Sulz, Oberndorf, Rottweil, Lötzingen. Albert erhielt nun 1253 bei der Teilung die obere Grafschaft mit den Hauptburgen Hohenberg und Halgerloch, nebst dem Schloß Rotenburg. Auch die Besitzungen auf den Hildern (Streifen zwischen Ohlungen und Rötzingen) und im Hegau (Burg Neu-Dreien) und im Breisgau fielen ihm zu. Außerdem standen, solange (noch 1258) sein Bruder Burkard minderjährig war, die Burgen Ragold, Wildberg u. samt Herrschaften unter ihm. Den rechts vom Neckar gelegenen Teil hatte er vom Reich zu Lehen, einzelne Stücke davon waren indes seit ältesten Zeiten Lehen des Reichs. Rotenburg, Rottenburg, Horb und Ragold mit Zugehör waren Lehen des Bischofs von Bamberg, genauer des Reichs St. Georgen in Stein a. Rhein, an welche sie schon im Anfang des 11. Jahrh. durch Schenkung von dessen Stifter Kaiser Heinrich II gekommen waren. Sehr vieles aber war eigenes, zu Lehen ausgegebenes Gebiet, Eigentum des Grafenhauses, das schon um die Mitte des 13. Jahrh. den kaiserlichen Titel „von Gottes Gnaden Graf v. Hohenberg“ führte. Es übte die Landeshoheit aus, in den vom Bischof von Bamberg zu Lehen getragenen Teilen auch die höchste Richtergewalt, besaß Wildbann, d. h. die Fortsicherheit. Schon unter Kaiser Rudolf v. Habsburg war der Charakter der Grafschaften als vom Reich zu Lehen gehend so verwischt, daß er 1283 zugestand, daß diese auch ohne seine Zustimmung geteilt und verkauft werden durften. Rächst den politischen Verhältnissen, der Stellung zu Kaiser und Reich, interessierten uns die rechtlichen und sozialen Verhältnisse der Bevölkerung der Grafschaft Hohenberg. Sie zerfiel im wesentlichen in 3 Klassen: 1. die Edel- oder Voll-Freien, der eigentliche Adel, 2. die hildigen Dienstmänner (Ministerialen), 3. die große, unter sich nicht gleichartige Masse der aus dem Lande und in den graflichen Städten stehenden Leute. Zur ersteren Gruppe gehörten neben den Grafen nur wenige Geschlechter, so die Werstein und Hertenburg, denen 1237 das Prädikat „Baro“ beigelegt wurde, die freien Herren von Waldel (bei Calw), von Entringen (bei Herrenberg), von Zimmern, Wildenstein und Falkenstein im oberen Donautal. Um so zahlreicher war der Stand der Dienstmänner oder Ministerialen (daher der heutige „Minister“). Sie waren noch Hörige ihrer Herren und konnten wie ihre bäuerlichen und städtischen Standesgenossen samt Grund und Boden, darauf liehen, verkauft oder sonst hingegeben werden. Ueber ihr Eigentum konnten sie auch nicht ohne Zustimmung ihres Herrn verfügen. (Fortsetzung folgt.)

London, ferenz wird würde aber können. Fr laden zu la haben.

Paris, 1 Konferenz ist funkt der R o r g a n, tember mit über eine G Ausichten

Un

Österr in fiedern N Ja unabhig aus den el schwang un einariff, wrefe beiden drefe land un im

kyk. N Abietuna d Bundesbüro gegangen. Kusfusse g Zentral Rad wenden zu e erklerung ein cente wren

Terfite ernte wird d eine Vaufr des noch de nur auf Kol

bestalb dam streugewinn Beers: fremn ste find als muß sich de

besondert m ist im Bergl Hindernis fü alle. Sie f

Siroh sangt Teile. Daz der Jegelun den. Es fan

seines eieme werden, sofo wird bei dem seine Torste

Der Jun Kellen von S geführt. Die Aufgabe bis schnidlich 12 waren nur 1. August ist

Schlechte sichten auf e rung im Au vergangenem und die vori eine kurze C diesem Jahr teils, und freit man f

Grad erreicht die 15 bis Deutschland Ursache der i

die im Oster Hige, durch Finnland in Luftdruck

hondenfein Rückseitenwe Regenfallen, schlichen W

Gebiet heroo Steuerfre da. Da. ver gefehee sind

fährlich dam nur für den Erlebens in ren. Die B

tragstiele au und muß des Die Arie vor, daß An

„Ruffhäuser“ leitung in B der die Ver werden. Co

Berechtigun werden kann onträge zu f

Sulz a. geftern abend fall. Der s

war mit seln



Die nächste Konferenz

London, 16. August. Reiter verbreitet, die nächste Konferenz werde voraussichtlich in Brüssel abgehalten; sie würde aber kaum vor Ende dieses Jahres einberufen werden können. Frankreich soll beabsichtigen, dazu alle Staaten einladen zu lassen, die den Vertrag von Versailles unterzeichnet haben.

Die Bankierszusammenkunft verschoben

Paris, 16. August. Wegen des Scheiterns der Londoner Konferenz ist die für Mitte September angelegte Zusammenkunft der Bankiers bis auf weiteres verschoben worden. Morgan, der zuerst in Rom weilte, wird trotzdem im September mit den französischen und englischen Großgeldgebern über eine Entschädigungsanleihe verhandeln, wenn auch die Aussichten nicht mehr günstig sind.

Aus Stadt und Bezirk.

Magold, den 17. August 1922.

Ewigenlichtspiele. Am Freitag „Lady Hamilton“ in neuen Rollen. Wer hat diesen Namen noch nicht gehört? In unzähligen Büchern ist das Leben dieser Frau, die sich aus den einfachsten Verhältnissen heraus zur Lady emporschwang und in die Politik der mächtigen Länder Europas einwirkte, dargestellt worden. Der Film zeigt das Leben und Weiden dieser Frau und wurde in allen Großstädten im Ausland und im Inland mit Erfolg vorgeführt.

Kyk. Auskauf über Vermigte. Die Sozialpolitische Abteilung des Reichsverbandes in Berlin teilt mit: Unser Bundesbüro wird vielfach um Auskunft über Vermigte angegangen. Wir sind leider nicht in der Lage, entsprechende Auskünfte zu geben und bitten deshalb, sich direkt an das Zentral-Büro, Spandau, Schmidt-Anoldsdorf-Str. 10, wenden zu wollen. Dieses leitet auf Wunsch auch die Todeserklärung ein, welche für die Erlangung der Hinterbliebenenrente einen Verschollenheits-Voraussetzung ist.

Lochstreubegut. Infolge der geringen Stroh- und Futterernte wird der Strohbedarf vielfach ein recht großer sein. An eine Baustrennung kann nicht mehr gedacht werden, da dies nach der umfänglichen Ausbeutung der letzten Jahre nur auf Kosten der Holzherzeugung möglich wäre. Es muß deshalb damit gerechnet werden, daß die Erlaubnis zur Baustrennung nicht mehr erteilt wird. Rabel, Moos- und Heerenstrennung wird zwar wohl noch möglich sein, aber sie sind als Strennmittel nur von geringer Bedeutung. Man muß sich deshalb rechtzeitig mit Strennmitteln anderer Art, besonders mit Torfstreu, versehen. Der Preis für Torfstreu ist im Vergleich zu den Strohpreisen mäßig und kann kein Hindernis für deren Bezug sein. Torfstreu hat ja große Vorteile. Sie saugt die Jauche besser an als das Stroh; 1 Teil Stroh saugt nur 4 Teile Wasser auf, Torfstreu aber 7 bis 9 Teile. Dazu kommt noch die Fähigkeit des Torfs, das bei der Zersetzung des Düngers frei werdende Ammoniak zu binden. Es kann deshalb jedem Landwirt, der mit Strennmitteln seines eigenen Betriebes nicht ausreicht, nur dringend geraten werden, sofort Torfstreu zu kaufen; aller Voraussicht nach wird bei den immer noch steigenden Preisen der Landwirt keine Torfstreu am billigsten bekommen, der rasch bestellt und kauft.

Der Funkentelegraphverkehr hat sich trotz der hohen Kosten von 50 M für das Wort seit sieben Monaten gut entwickelt. Die „Lautzeit“ eines Funkentelegramms von der Aufgabe bis zur Übergabe an den Empfänger betrug durchschnittlich 12 bis 15 Minuten. Bis Ende vorigen Monats waren nur 8 Großstädte an diesem Verkehr beteiligt, seit 1. August ist er auf allen Funkenlinien des Reichs zugelassen.

Schlechte Aussichten für sommerliche Wärme. Die Aussichten auf eine Wiederkehr beständiger und warmer Bitterung im August werden immer geringer. Auch während der vergangenen Woche ist das Wetter veränderlich geblieben, und die vorübergehende Aufbesserung und Erwärmung blieb eine kurze Episode. Die sommerliche Hitze bekränkt sich in diesem Jahre auf den Osten, Südosten und Süden des Erdteils, und sowohl in Ungarn wie in den Balkanländern erfreut man sich dauernd einer Temperatur, die fast täglich 30 Grad erreicht oder erheblich übersteigt. Demgegenüber muten die 15 bis 20 Grad Celsius, die im allgemeinen jetzt in Deutschland verzeichnet werden, recht sommerlich an. Die Ursache der in Mitteleuropa herrschenden Kühle ist mittelbar die im Osten und Südosten des Erdteils herrschende große Hitze, durch die das nun schon länger als fünf Wochen über Finnland und dem Baskikum vorhandene Gebiet niedrigen Luftdrucks immer wieder neue Energie erhält. Das Hochbänderfeld dieses Tiefs bewirkt aber für uns vorwiegend Rückseitenwinde mit kühlen Nordwestwinden und häufigen Regenfällen, die die zahlreichen, an der Rückseite des nordöstlichen Minimums sich bildenden Tiefminima in unserem Gebiet hervorrufen.

Steuerfreie Spareinlagen. Nach einer untern 20. Juli d. J. veröffentlichten Aenderung des Einkommensteuergesetzes sind Spareinlagen bis zu einem Betrag von 8000 M jährlich dann steuerfrei, wenn die Rückzahlung des Kapitals nur für den Todesfall vereinbart ist oder für den Fall des Erlebens innerhalb einer Zeit von nicht weniger als 20 Jahren. Die Vereinbarung muß aber den Verzicht beider Vertragsteile auf eine Abänderung oder Aufhebung enthalten und muß dem zuständigen Finanzamt angezeigt werden.

Die Kriegsentmünze 1914/18. Immer noch kommt es vor, daß Anträge um Auleistung der vom Reichskriegsverband „Kriegshilfen“ gestifteten Kriegs-Entmünze bei der Bundesleitung in Berlin oder bei Generalfeldmarschall Hindenburg, der die Verteilungsurkunde unterzeichnet hat, eingereicht werden. Es wird wiederholt darauf hingewiesen, daß die Berechtigung nur von den örtlichen Kriegervereinen geprüft werden kann und daß daher nur bei diesen die Verteilungsanträge zu stellen sind.

Württemberg.

Sulz a. N., 15. Aug. In der Langenfelde ereignete sich gestern abend gegen 10 Uhr ein bedauerlicher Unglücksfall. Der Landwirt Wilhelm Wegmann von Holzhausen war mit seinem mit Reisigbalken beladenen Wagen von

Dornhan auf dem Heimwege. Infolge Ausgleitens kam er so unglücklich unter den Wagen, daß ihm ein Rad über Schulter und Brustkorb ging, so daß ihm neben Verletzungen an der Hand einige Rippen eingedrückt wurden und er außerdem auch noch innerliche Verletzungen erlitten haben soll. Er wurde noch in der Nacht ins Bezirkskrankenhaus verbracht.

Stuttgart, 16. August. Landtagsausflug. Auf Einladung des Luftschiffbau Zeppelin und der Stadtgemeinde Friedrichshafen machen die Mitglieder des Landtags ihren Sommerausflug am 11. September nach Friedrichshafen, wo die Luftschiffbau-Anlagen besichtigt werden. Die Gesellschaft wird am 12. September einen Dampfer zur Verfügung stellen, der die Gäste nach Meerburg zum Schloßwein und nach Langenargen führen wird, wo die Anstalt für Seenforschung besichtigt wird.

Stuttgart, 16. August. Erhöhung der Diäten und Uebernachtgelder für Beamte. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Durch eine Verordnung des Staatsministeriums vom 15. August sind die Diäten und Uebernachtgelder der württ. Beamten für Dienstreisen mit Wirkung vom 1. August an wie folgt festgesetzt worden: Besoldungsgruppen I—V 90 M Diäten und 68 M Uebernachtgelder; VI—VIII 108 bzw. 81 M, IX—XIII 126 bzw. 95 M.

Verlagler Prozeß. In dem Verleumdungsprozeß des Abg. Bazzile gegen den verantwortlichen Redakteur Horpich von der „Schwab. Tagwacht“ wird der auf 18. August anberaumte Termin wahrscheinlich auf Antrag beider Parteien vertagt werden.

Mödingen, 16. August. Bei einem Neubau des Maurermeisters Köll wurden auf einem Acker einige uralte Gräber zutage gefördert. Ein Grab war vermutlich das einer vornehmen Frau. In ihm fand sich neben Schmuckstücken auch ein Kupferrest, ca. 20 Zentimeter hohes Gefäß, stark vor Oxidation zerfressen. An Schmuckstücken wurden gefunden ein Messing-Gürtel mit Zeichnungen, eine silberne Broschen-nadel 9 Zentimeter lang ein Tonbildchen, kleine, rote, eingelegte Gläser und ein Ring aus Ton.

Omünd, 14. August. Gartenbauausstellung. Der Verband Württ. Gartenbauvereine hat dieser Tage hier seine Sommertagung abgehalten, mit der eine Gartenbauausstellung des 3. Bezirks des Verbandes verbunden war. Die Ausstellung wurde am Samstag nachmittags eröffnet. Oberbürgermeister Wähler begrüßte die Gäste. Abends fand ein von der Omünder Gärtnergenossenschaft in der städt. Festhalle veranstalteter Begrüßungsabend statt, zu dem sich auch Gäste von außerhalb Württembergs eingefunden hatten. Sonntag nachmittags begannen in der Festhalle die Verhandlungen der Sommertagung, die sich hauptsächlich mit den Verbandsangelegenheiten befaßten. Nächster Tagungsort ist voraussichtlich Ravensburg. Die wohlgelungene Ausstellung erfreut sich eines sehr guten Besuches.

Münzingen, 16. August. Das Protestantamt ist gestern bei einem Gewitter vom Blitz getroffen worden. Die Scheuer ist vollständig niedergebrannt. Sie war mit Heu und Stroh gefüllt. Die gleichfalls stark gefüllten Nachbarmagazine konnten gerettet werden.

Mulendorf, 16. August. Brand. Früh 4 Uhr brach in der Scheuer des eine Stunde von hier entfernten Schmiedehofes Feuer aus, das das große Gebäude mit allen Futtervorräten und dem gesamten Inventar in Asche legte. Das Vieh konnte gerettet werden. Es wird Brandstiftung vermutet.

Dom Bodessee, 16. August. Die Reisenden des stark besetzten Dampfers „Feldkirch“ gerieten am Montag abend 10 Uhr in große Aufregung, als das Schiff unweit des Hafens von Bregenz plötzlich stoppte und gelobende Hilferufe aus dem See erschollen. Zwei Ruderboote, besetzt mit zwei Herren und drei Damen aus Wien, waren durch Unvorsichtigkeit in zu große Nähe des Dampfers geraten. Die Boote wurden von den Radfahrern des Dampfers erfährt und gerettet. Zwei Wädel konnten sämtliche fünf Personen an Bord gebracht werden, wo ihnen ein nicht gerade freundlicher Empfang zuteil wurde.

Bruchsal, 16. August. Die auf 10. Sept. vorgesehene Entfaltungsfest der Denksteine für die gefallenen gelben Dragoner ist auf unbestimmte Zeit verschoben worden.

Konstanz, 16. August. Dieser Tage besuchte Prinz Max von Baden mit seinen Gattin, dem Herzog Ernst von Braunschweig und dem ehem. König von Sachsen unsere Insel und besichtigten deren Sehenswürdigkeiten. Die Herrschaften nahmen im Gasthaus zum „Möhren“ das Mittagessen ein und kehrten dann mit dem Auto nach Schloß Salem zurück. Prinz Max ist jetzt mit seiner Familie für einige Zeit nach dem Cumberland'schen Schloß Gmunden am Traunsee abgereist. **Mannheim, 16. August.** In der Nacht auf Dienstag entlud sich über Mannheim ein schweres Gewitter. Der Blitz schlug in die Länderei und in einen gefüllten Maschinenschuppen der Firma Heinrich Lang, der vollständig abbrannte. Der Schaden wird auf eine Million Mark geschätzt. In den Tabakfeldern der Umgebung hat der Hagel schwer geschadet.

Der Straßenbahnfahrpreis wurde vom 20. August an auf 7 Mark für die kleinste Strecke erhöht. Eine Monatskarte kostet 1000 M.

Allerlei.

Wiedereintritte in die Kirche

ep. Der Deffentlichkeit ist wenig bekannt, daß von den aus der Kirche Ausgetretenen nicht wenige wieder zu ihr zurückkehren. Für das Jahr 1920 liegen auf evang. Seite genaue Zahlen vor. Im Rheinland waren es z. B. 356, in Westfalen 550, in der Provinz Sachsen 906, in Berlin und Brandenburg 862, in Schlesien 1038, in ganz Preußen 4570. Diefelbe Erscheinung zeigt sich in Mitteldeutschl. Anhalt hatte 430, Thüring. 538, der Staat Sachsen 789 Rückwanderer aus der Religionslosigkeit. Süddeutschland hatte i. J. 1920 nur wenige Kirchenaustritte, dementsprechend auch wenig Wiedereintritte. Im ganzen fanden 1920 rund 7000 Wiedereintritte in die evang. Kirche statt. Ähnlich verhält es sich bei der kath. Kirche. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß diese Zahlen für 1921 noch stark gemachsen sind. Sie zeigen, wie vielfach der Austritt unter dem Druck der Agitation und ohne genügende Ueberlegung der Folgen geschah.

Ein ehrendes Angebot. In der oldenburgischen Gemeinde Rastede, wo der frühere Großherzog von Oldenburg seinen Wohnsitz genommen hat, ist der Gemeindevorsteher gestorben. Der Gemeinderat war in Verlegenheit, wen er vorschlagen sollte. Da meinte ein alter Bauer: „Fragen wir doch einmal den Großherzog, der wird schon Rat wissen.“ Der Vorschlag gefiel und eine Abordnung begab sich in das Landhaus des Großherzogs Friedrich August. Der meinte lächelnd, es sei ihm auch gerade kein geeigneter Nachfolger bekannt. Da trat ein Mitglied des Gemeinderats vor, klopfte dem ehemaligen Landesober auf die Schulter und sagte: „Na, Herr Großherzog, wie wärs, wenn Sie in Rastede so bei uns sitzen (im Kleinen) wieder anfangen würden?“

Täglich kann abonniert werden.

Letzte Drahtnachrichten.

Der Ministerrat billigt Poincarés Haltung

Paris, 16. August. Der Ministerrat in Rambouillet hat die Haltung Poincarés in London einstimmig gebilligt.

Clond George ist auf das Land nach Criccieth abgereist, ohne sich von den Teilnehmern an der Konferenz verabschiedet zu haben. Er ließ sich bei Poincaré und den anderen Herren wegen dringender Reize entschuldigen.

Noch keine Kabinettsitzung. — Erklärungen des Reichskanzlers zu den Behauptungen Poincarés.

Berlin, 16. Aug. Laut „Germania“ lagen an Berliner amtlicher Stelle heute mittag noch keine Meldungen aus London und Paris vor, die einen Schluß auf die weitere Entwicklung der politischen Lage gestatteten. Infolgedessen ist heute noch keine Kabinettsitzung abgehalten worden. — Laut „Berl. Tagebl.“ beabsichtigt der Reichskanzler, auf die Erklärungen Poincarés gegenüber der Presse in derselben Form eingehend zu antworten. Die Ausführungen Poincarés enthalten z. B. über das Angebot einer deutschen Anleihe an die Tschchoslowaken und die angebotenen Kapitalverleihungen durch deutsche Bankfilialgründungen im Ausland soviel Unrichtigkeiten, daß sie ohne Richtigstellung nicht gelassen werden können.

Streik in Wolffs Nachrichtenbüros.

Berlin, 16. Aug. Bei einem Teil der Agenturen des W.N.B., insbesondere im Westen und Süden des Reichs, ist die Angestelltenchaft in einen wilden Streik eingetreten, weil sie die Verständigung über die Höhe der Juli- und Augustgehälter, die in ordnungsmäßigen Verhandlungen mit dem Zentralverband der Angestellten erzielt und von der Berliner Beamtenchaft angenommen worden ist, ablehnen zu müssen glaubte. Der Dienst wird nach Möglichkeit aufrechterhalten und einzelne der beteiligten Agenturen sind bereits wieder zur Arbeit zurückgekehrt.

Die amerikanischen Herbstwahlen.

Washington, 17. Aug. Oberst House, der intimste Freund Wilsons während der Berliner Verhandlungen, erklärte gegenüber dem Londoner Korrespondenten des „Matin“, daß die Demokraten bei den kommenden Herbstwahlen mit einem übigen Sieg rechnen. Ein demokratischer Sieg aber käme einer Rückkehr zu den Idealen Wilsons gleich.

Handelsnachrichten

Dollarkurs am 16. August 1028 Mark.

Wegen die Geldknappheit hat die Reichsbank veranlaßt, eine Umfrage über Beobachtungen in dieser Richtung zu veranstalten. Es soll dadurch namentlich festgestellt werden, ob die Geldknappheit auf die Aufhebung des Bankgeheimnisses und den Depotzwang zurückzuführen ist.

Deutsche Kohlen- und Erzlieferung an Italien. Nach Mitteilungen holländischer Wälder ist zwischen deutschen und holländischen Beamten in Rom ein Abkommen unterzeichnet worden, wonach sich die deutsche Regierung verpflichtet, monatlich 232 000 Tonnen Steinkohlen an Italien zu liefern und besonders Jagständernisse macht für die Zufuhr von Erz nach Italien.

Brenner- und Gotthardbahn. Die Schweizerischen Bundesbahnen haben wegen des fühlbaren Wettbewerbs der Brennerbahn für den Durchgangsverkehr von und nach Italien auf der Gotthardbahn wesentliche Tarifermäßigungen für den Durchgangsverkehr einrichten lassen.

Wiederentwertung. Die Rheinisch-Westfälische Metallwerkevereinigung hat die Lagerpreise für gewalzte und gepresste Blechfabrikate ab 11. August von 12 500 auf 13 200 Mk. erhöht. Die Preise waren erst am 5. August von 9200 auf 12 500 Mk. gestiegen worden.

Der deutsche Messingverein in Köln erhöhte die Grundpreise für Messingblech auf 300, für Stangen auf 270 Mark.

Kleinverhandlungspreise für Benzol. Der Benzolverband G. m. & H. Bochum hat mit Wirkung vom 14. August d. J. ob die Kleinverhandlungspreise wie folgt festgesetzt: Tetralinbenzol 52,50 M., gereinigtes B. M. Motorenbenzol 62,75 M., gereinigtes Toluol 67,10 M., gereinigtes Lösungbenzol 1 62,75 M., gereinigtes Lösungbenzol II 49,75 M., Benzolrücklauf 56,70 M., ungetrennt. Schwefelbenzol 34,50 M. für 1 Kilo ab Hauptverhandlungsstelle.

Für Eisingutwaren haben die Vereinigten Eisingutfabriken in Bonn den Tarifierungsanschlag von 650 auf 1000 Prozent erhöht.

In der Textilindustrie von Bayern und Thüringen wurden Wettbewerbsmaßnahmen vorgenommen, weil die Industriellen bei dem hohen Dollarkurs keine ausländischen Rohstoffe mehr einkaufen können. — Dieses Schicksal wird auch andere Industrien treffen.

Stuttgarter Börse, 16. August. Die Stimmung an der heutigen Börse war eine ausgesprochen gute. Es lagen mehr Kaufaufträge als in der letzten Zeit vor, wogegen die zum Verkauf gelangende Ware sehr knapp war. Es sind daher in der Hauptfache Veränderungen nach oben zu verzeichnen. Im allgemeinen war auch heute das Geschäft nicht sehr lebhaft. Auf dem Markt der Bankaktien behaupteten Bankaktien und Vereinsbank ihre gestrigen Kurse von 200 bzw. 230, Hypothekbank 170 (165), Notendbank 500 (600). Von den Brauereiaktien blieben Schlinger 10 v. H. schwächer bei 270, Reffenmeyer 600, Pfauen 330, Hohenzollern 610, Walle 445 (420). Auf dem Markt der Metallwerte erreichten Feinmechanik einen 40 v. H. höheren Kurs bei 1430, Jungbans 615, Hohner 1480 (1400), Metallwaren 1490 (1400). Von den Maschinenwerten ließen Daimler ihre Aufwärtsbewegung auf 514 (501) fort, Schillingen 940 (922), Selter



800 (849), Weingärten 980 (970), Viehmarkter 725 (700). Auf dem Markt der Spinnereilaktien zogen Erlangen von 1200 auf 1230 an, Unterhausen 2000, Weisheim 1700 (1800), Kohl-Schule 1670 (1650), Kotteln 1251 (1301), Kuchen 1330 (1300), Fül 1500 (1549), Ehlingen 1600 (1500), Kattun 2730. Von den höchsten Werten mußten Mailin bei großer Nachfrage zu 990 reduziert werden, Bremen-Beleg 1780 (1710), Heidelberger Zement 920 (890), Köln-Rottm. 690 (665), Kramm 370, Salzwert Heilbronn 1150, Weidmühle 800 (700), Straßenbahnen 188, Stuttgarter Zucker 795, Mannh. Del 950 (920), Frankfurt 750, Siegelwerke 735 (690).

Märkte

Viehmarkt Ellwangen, 18. August. Der Viehmarkt war besetzt mit 11 Farren, 102 Ochsen, 138 Kühen, 84 Kälbern, 104 Stück Jungvieh und 64 Kälbern, zusammen 690 Stück. Von den Rindern, die sehr stark vertreten waren, war viel Jungvieh und keine Kühe zugelassen. Der Handel ging anfangs etwas langsam, später lebhafter, besonders in Kühen und schönem Jungvieh. Die Preise haben gegen den letzten Markt wieder zugenommen und sind etwas gestiegen. Bezahlt wurden laut „Zei- und Jagtzeitung“ für ein Paar Ochsen mit 30 Zentner 135 000 Mark, für 1 Ochse mit 1250 Pfund 55 400 Mark, 1 Ochse mit 850 Pfund 34 000 Mark, 1 Ochse mit 1270 Pfd. 59 800 Mark, 1 Ochse mit 1000 Pfund 42 400 Mark, 1 Paar Ochsen mit 24 Ztr. 103 200 Mark, 1 Paar Ochsen mit 30 Ztr. 135 000 Mark, 1 Paar Ochsen mit 2520 Pfund 103 200 Mark, 1 Stier mit 9 Ztr. 35 450 Mark, 1 Stier mit 900 Pfund 30 000 Mark, 1 Paar Stiere mit 21-40 Pfund 85 600 Mark; Kühe in Milch erzielen 30 000—40 000 Mark, Kälber 25 000—30 000 Mark.
Leitung, 18. August. Hoppelpreis. Es wird ziemlich lebhaft eingekauft, ein Teil der Händler hält aber noch immer zurück. Es wurden Preise von 22 000—27 000 Mark per Ztr. angefragt.

Ehlingen b. Heberlingen, 16. August. Der Obsthandel nimmt auch nach seinem Anfang für Herbstzeit werden pro Zentner 400 Mark bezahlt, für die Pflaumen 300 Mark. Die Zwetschgenernte dürfte hier einen mittleren Ertrag bringen.

Wetter-Bericht

Die Depression ist nunmehr abgezogen. In Süddeutschland macht sich allmählich wieder Hochdruck bemerkbar, unter dessen Einfluß am Freitag und Samstag trockenes und wärmeres Wetter zu erwarten ist.

Familiennachrichten

Gestorben: Jakob Proß, Sensenschmied, 52 J., Krenbach.

Eingefandt.

Für Einwendungen unter dieser Rubrik übernimmt die Geschäftsleitung nur die präzisgesetzliche Verantwortung.

Aus Sulz wird uns geschrieben: Letzten Sonntag hielt der landwirtschaftliche Ortsverein eine Versammlung ab, um zu der Getreidelieferung Stellung zu nehmen. Die Aussprache blieb war teilweise recht lebhaft und kam die Unzufriedenheit mit der Kommunalverbandswirtschaft allgemein zum Ausdruck. Nach den Anbauflächenveränderungen des Statist. Landesamts und den auf Grund dieser angestellten Berechnungen trifft es die hiesige Gemeinde etwa 1/10 des Pflanzensolls des Bezirks, der Kommunalverband verlangt rund 1/5. Auf welchen gesetzlichen Grundlagen diese Berechnung beruht, ist uns nicht bekannt. Auch sonst scheint das Gesetz beim Kommunalverband Nagold nicht beachtet zu werden. Die Unterverteilung soll durch eine Kommission erfolgen. Der Kommunalverband hat diese allein gemacht und 8 Tage vor der hiesigen pro forma angefertigten Sitzung einem Vertreter der Gemeinde Sulz erklärt, die Umlage ist gemacht und wird nicht geändert. Doch zu dieser ein Vertreter der am stärksten beteiligten Gemeinde zugezogen worden wäre, hätte erwartet werden können, die Gemeinde Sulz ist es allerdings von Nagold aus gewohnt, in jeder Weise zurückgesetzt zu werden mit bei zwangs- und sonstigen Lieferungen wird in 1. Linie an sie gedacht. Aus der Versammlung wurden hiesig schärfste Worte gebraucht und Besatz der Oberamtsstadt in jeder Hinsicht beantragt.

Ämliche Bekanntmachungen.

Die Regierung des Schwarzwaldkreises hat am 14. Aug. 1922 die Wiederwahl des Schultheißen Johannes Rothfuß in Ebershardt zum Ortsvorsitzer der Gemeinde Ebershardt bestätigt.
Nagold, den 16. Aug. 1922. Oberamt: Müng.

Versammlung der Baumwarte.

In Verbindung mit der Obstbauerversammlung am 20. August findet eine Versammlung der Baumwarte des Bezirks statt, vorm. 11 Uhr im Gasthaus zum Lamm in Ebershardt. Tagesordnung: 1. Beratung über die vorgesehene Obstausstellung. 2. Besprechung der Frage über Gründung eines Bezirksbaumwartevereins. 3. Vortrag über Verunsicherung des Baumwarte und sonstiges. 4. Rundgang und Besichtigung verschiedener Obstgärten.
551

Die Gemeindebehörden werden ersucht, den Baumwarten wie in anderen Bezirken ein angemessenes Taggeld aus der Gemeindefasse zu bewilligen.
Nagold, den 16. August 1922. Oberamt: Müng.

Die Kant- u. Kleinenfische in Eßlingen ist erledigt. Die beim Seuchenausbruch angeordneten Schutzmaßnahmen werden hiermit aufgehoben.
Der Bezirk Nagold ist wieder seuchenfrei.
Nagold, den 16. Aug. 1922. Oberamt: Müng.

Am Samstag, 19. August, nachm. 1 Uhr verkaufen wir das an unserem Werk anfallende

Obst

gegen Hochpreis, wozu Kaufinteressenten hiermit eingeladen werden.
554

Süddeutsche Kunststeinwerke Brondorf.

Dixin das dankbare Seifenpulver
ist sparsam im Gebrauch und billig.
ALLEINIGE HERSTELLER:
HENKEL & Co., DUSSELDORF

Der Schwäbische Heimatkalender
für 1923
soeben erschienen
Preis für M. 12.-
vorrätig bei
Buchhandlg. Zaiser Nagold.



Verloren
ging am Dienstag den 15. d. Mis. 552
Fahrradpumpe
vom Soldatenheim bis Wirtschaft zum „Pflanz“.
Abgegeben in der Geschäftsstelle des Klattes.

Pinsel, Lacke, Farben
für alle Zwecke
gut u. billig bei
Löwendrogerie Nagold und Eßhausen.

Suche für sofort jüngeren
Knecht
sowie tüchtige
Magd
für Haus- u. Landwirtschaft.
Georg Zeeger, Ebershardt.

Tonger's Musikbücherei
Dreiband 20/22
soeben erschienen:
Die Romantiker der deutschen Musik
von Walter Nohl
Preis M. 60.-
(einschließlich aller Feuerungsgeschäfte).
Dieser Band verfolgt auf die gleiche Weise wie der vorhergehende d. „Klassiker“ den Fortschritt in abgerundeter, leicht verständlicher Form das Leben und Schaffen der bedeutendsten deutschen Romantiker in der Musik — Schubert, Weber, Mendelssohn, Schumann, Marschner, Lortzing, Liszt, Wagner und Brahms — in ihrer charakteristischen Eigenart vorzuführen.
Zu beziehen von der Buch- u. Musikalienhandlg. **G. W. Zaiser Nagold** oder vom Verlage **V. J. Tonger, Köln a. Rh.** Am Hol 30/36.

Sieben
Künstlerbilderbücher
für alt und jung
enthaltend je 66 bis 60 Gemälde von Meistern der Vergangenheit u. Gegenwart
Kinderglück
Kleine Leute
Das Marienbäcklein
Des Hauses Sonnenschein
Hendtschel, Rinder und Käuze
Hendtschel, Runterbunt
Hund und Katz
Preis je 10 Mark
Vorrätig bei
G. W. Zaiser, Buchhandlung, Nagold.

Aufklebe-Adressen
ohne Firma
In Blocks à 10 Stück, zum Abtrennen, gut zum Papier, Größe 10x16 cm, hat abzugeben
Buchhandlung Zaiser Nagold.

Wir suchen zum sofortigen Eintritt einen
kaufmännischen Lehrling oder Lehrfräulein
mit Mittelschulbildung bei gründlicher Ausbildung.
Erbitten Angebote mit selbstgeschriebenen Lebenslauf.
553 **Metallwarenfabrik Nagold G. m. b. H.**

Ein treuer Berater und treffliches Nachschlagebuch
ist dem Landmann in allen Zweigen seines schweren Berufs:

„Der praktische Landwirt.“
Unter Mitwirkung hervorragender Fachleute neu bearbeitet von **Maier-Bode**,
Oberstudienrat der höheren Landwirtschaftsschule Nürnberg.

Ein wichtiges Buch für jeden Landwirt!

Sollte kein Fach- und Gemeindefachbuch fehlen!

Mit ca. 900 Seiten Text, 600 Text-Abbildungen und mehreren farbigen Tafeln.
2. Auflage. — 13.—24. Tausend.
Preis in 1/2 Leinwand gebunden M. 170.—
Vorrätig bei
G. W. Zaiser, Buchhandlung Nagold.

Verkaufe 2 bereitete neue
Oval-Säffer
280 und 350 Liter haltend.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle d. Bl. 545

Reißzeuge
bei **G. W. Zaiser, Nagold.**

Verkaufe eine sehr farbige, gute
Milch-Ziege.
Wer? laut die Geschäftsstelle des Bl. 548

Drogen, Chemikalien, Verbandstoffe.
Gummiwaren,
Artikel zur Krankpflege
SEIFEN, PARFÜMS.
Löwendrogerie Nagold und Eßhausen.

Heim
Sammlung von Volksgesängen für Männerchor
Ist wieder vorrätig bei
G. W. Zaiser, Buchhandlg. Nagold.

erschienen in
1. g. Bestellun
natische Be
nd Selbstbe
Seung d p
Nagold, durch
durch d Post
erhalten mo
Blatz: unne
Nagold-Be
nypaltige
e hantlicher
von Raum
per Garüche
ei mehrem
nach Lar
Beitreibu
n der Hal
Nr. 192
Der I
Reichs
Bertr
ihnen eine
frage ab
caris in B
Das Er
fere l n
den hat, u
Drohno
Ministerpr
verfucht, Z
schieden, u
es eine pla
er Wenige
ihm das gl
schliche, die
Folgen die
Hand: W
[i d i t e n
nötigen, z
der Lagerb
speziell für
Kapitals u
dieser Folg
wirtschaft u
so unfin
niemanden
den wird.
Er hat
Habe der Z
harden Ro
Die Ulrich
mann, der
kennt und
und Kreis
ausdrückt,
zungen ih
banken ihr
Ebenso
Banten
del habe
lande zu er
deutscher
die deutsch
unternehm
der Zwan
lichen Vert
Banknieder
schlossen w
Wem
Frankreich
schen che
Bittgaf
hingewie
beten Wä
darauf zu
den, und d
mehr a
Behauptun
in die G
dustric
gen will.
sonst so be
gemacht, d
als ein B
rechnen.
Herr P
zur Entsch
dies Wogl
kann da
partei
dem be
selbst d
spricht.
Heute
Frieder
unm dgl
ausländi
kaufen. S
zu der u
stände der
wieder au
die deutsch
Der franzo
weis erbr
licher K
werden for
am meiste
pas leiden.
Gold
mehr au

